

# Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode  
Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

**Abnahme** monatlich 1.80 Mark einschließlich Briefporto, bei Selbstabholung 1.60 Mark. **Anzeigenpreis** die achtspaltige Kolonnenzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Kleinanzeigen 50 Pfennig. Abgebend ist der bei Zahlung vorliegende leere Kupon. Bei Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Stellen und an bestimmten Stellen kann eine Beilage nicht übernommen werden. Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Telefon Nr. 2313), Postfach 104, Halberstadt.

**Anzeigenpreis** die achtspaltige Kolonnenzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Kleinanzeigen 50 Pfennig. Abgebend ist der bei Zahlung vorliegende leere Kupon. Bei Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Stellen und an bestimmten Stellen kann eine Beilage nicht übernommen werden. Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Telefon Nr. 2313), Postfach 104, Halberstadt.

Nr. 139

Donnerstag, den 16. Juni 1932

7. Jahrgang

## Beginn in Lausanne.

Heute Eröffnung der Konferenz. — Verlängerung des Moratoriums für Deutschland.

Die Konferenz von Lausanne, die am heutigen Donnerstag eröffnet wird, hätte eigentlich schon im Januar als unmittelbare Folge des am Weihnachtsfest veröffentlichten Gutachtens der Versailler Sachverständigen stattfinden sollen. Die Versailler dieses Sachverständigenberichts, in dem die trostlose finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands maßstabsgemäß geschildert wurde, habe die Vereinigten Staaten, um die Welt und die Vereinigten Staaten zusammenzutreten, um eine Beilegung des Reparationsproblems zu beschließen. Doch zeigte sich die damalige französische Regierung unter Lardieu noch sehr unzugänglich, vor allem wollte sie auf keinen Fall auf den ungeschickten Teil der im Hauptplan vorgesehenen Zahlungen einwilligend verzichten, auch dann nicht, wenn die Vereinigten Staaten einen entsprechenden Schuldennachlass gewährt hätten. Da aber zur selben Zeit die Washingtoner Regierung kein Schuldennachlass kategorisch ablehnte, und da andererseits der Reichstagsrat die Klärung sich auf die Forderung einer ungeschicklichen endgültigen Lösung festgesetzt hatte, wurde ein Zusammenritt der Versailler Konferenz gänzlich unmöglich gemacht. Man wäre nur einen letzten Versuch unternommen und einer Verkürzung der Spannung in den Beziehungen zwischen den europäischen Mächten.

Der Entschluß, die Lausanner Konferenz bis zum Juni, also bis nach den französischen Wahlen zu verschieben, hat sich als weise erwiesen. Wenn die Ausschüßten der Konferenz am Vorabend ihres Zusammentritts und vor allem auf Grund der Pariser Vorbesprechungen zwischen den Ministerpräsidenten Englands und Frankreichs allgemein günstiger beurteilt werden als noch vor wenigen Wochen, so ist bis in erster Linie eine Folge des Kurswechsels in Frankreich. Die grundsätzliche englisch-französische Einigung, die im Januar unter Lardieu gescheitert war, ist unter Herriot erzielt worden, nicht zuletzt deshalb, weil das französische Kabinett in dieser Frage der Außenpolitik fast unter dem Einfluß der Sozialistischen Partei steht. Der wesentliche Fortschritt besteht darin, daß Frankreich nunmehr grundsätzlich bereit ist, einer völligen Abfertigung des Hauptplanes, einschließlich der bisher für heilig gehaltenen ungeschickten Zahlungen Deutschlands, auszukommen. Wenn Amerika auf seine Forderungen am 20. Februar verzichtet. Es ist auch bereits, eine gemeinsame Anstrengung mit England zu machen, um Amerika zu einem solchen Verzicht nach den Präsidentenwahlen in Herbst zu bewegen. Da jedoch die Vereinigten Staaten bisher immer zum Ausdruck gebracht haben, daß jedes Entgegenkommen ihrerseits einmal eine grundsätzliche Einigung zwischen den europäischen Staaten und ferner einen wesentlichen Fortschritt in der Abrüstungsfrage voraussetzt, bemühen sich die englischen und französischen Staatsmänner, die ins Staden getretenen Generäle Abrüstungsfragen wieder in Erwägung zu bringen. Deshalb ist das Abrüstungsproblem, obwohl es nicht offiziell auf der Tagesordnung von Lausanne steht, in den heutigen Besprechungen eine hervorragende Rolle spielen.

Während der Umwälzung in Frankreich die Lage verbessert hat, kann man das gleiche von dem Kurswechsel in Deutschland nicht gerade behaupten. Die übrigen Mächte stehen dem jetzt regierenden deutschen Nationalismus mit unerbittertem Mißtrauen gegenüber. Die Verhandlungspartner wissen, daß das Kabinett Papen-Scheitler nur eine Uebergangs-Regierung darstellt. Entweder wird nach den Wahlen Hitler offiziell regieren oder das deutsche Volk wird dafür sorgen, daß das Kabinett der Nazi-Borane wieder verschwindet. Maß sich der neue Reichstagsrat noch so sehr darauf berufen, daß in den außerpolitischen Fragen die deutsche öffentliche Meinung im wesentlichen die gleichen Ziele verfolgt, was übrigens nur sehr bedingt richtig ist, es fehlt ihm jede Autorität, um das deutsche Volk auf einer so wichtigen Konferenz zu vertreten. Das wissen unsere Verhandlungspartner, und es ist daher zu befürchten, daß sie diese inwider Erwägung der deutschen Delegation auszukommen versuchen werden. Es ist jedenfalls auffallend, daß die neuen Männer, die nach innen so selbstbewußt und brutal auftreten, am Vorabend von Lausanne außenpolitisch so überaus vorsichtig geworden sind. Auch die hinter ihnen stehende Reichspresse ist auf Maß beschränkt und vermeidet jede Forderung, die sie, wäre Prüfung nach am Ruder, als Mißbegehren der Konferenz formulierte haben würde. Es zeigt sich wieder einmal, daß je reaktionärer eine Regierung gegen das eigene Volk auftritt, desto konsequenter gegenüber dem Ausland. Das beweist aber zugleich die absurdste Unmöglichkeit der ganzen nationalpolitischen Situation in den vergangenen Jahren.

Ammerpolitisch sind die neuen Männer die Gefangenen Sitters, dessen Weisheit sie gefolgt sind auswärtig. Außenpolitisch sind sie viel vorsichtiger als irgendeine Regierung unter dem früheren „System“. Herr Gregor Stauffer mag im Hinblick delamieren, daß die Nationalsozialisten den Widerruf der Kriegsschuldfrage, die deutsche Wehrfreiheit, die Währung des Hauptplanes und des Versailler Vertrages fordern. — Das alles ist nur für die kleine Galerie. Die

von ihnen in den Sattel gehobene Regierung der Barone denkt nicht daran, auf der Lausanner Konferenz alle diese schönen Forderungen auch nur andeutungsweise zu erheben. Man bereitet sich vor, sich mit einem neuen Protokoll zu begnügen, das man, wäre Brüning noch Reichsminister, als Berater und Verberechen gebrauchbar hätte. Von der Kriegsschuldfrage werden die „nationalen“ Männer natürlich erst recht nicht reden und sie werden sich auch schwer helfen, alle weitgehenden Abrüstungsbedingungen anzunehmen, weil sie wissen, daß gerade sie nicht die geringste Chance haben, damit durchzukommen.

### Auf dem Wege nach Lausanne.



Macdonald und Herriot auf der Fahrt nach Lausanne.

Ein Bild in den Speisekammern des Sonderzuges der Ministerpräsidenten, die die Reise von Paris zu der Lausanner Konferenz gemeinsam antreten. Am der hinteren Tischseite der englische Premierminister Ramsay Macdonald. Im Vordergrund der französische Ministerpräsident Herriot.

### Heute die Eröffnungskonferenz.

Lausanne, 15. Juni. (Eig. Draht). Den Auftakt zur Lausanner Reparations-Konferenz bildete eine Besprechung der Vertreter der sechs einladenden Mächte: England, Frankreich, Italien, Belgien und Japan über die Brautur der feierlichen Eröffnungskonferenz am Donnerstag vormittag. Das lateinische Kommuniqué, das unmittelbar danach der Presse vorlesen wurde, teilt nur mit, daß Wotta-Schweiz die Begrüßungsrede und der Präsident der Konferenz eine Einleitungsrede halten werden. Wie man darüber hinaus erfährt, hat Macdonald auf Vorschlag Herriots angenommen, sich am Donnerstag zum Präsidenten der Konferenz wählen zu lassen. Er wird in seiner Ansprache die Probleme umreißen, die ebenfalls das Programm der Beratungen bilden werden. Neben den sechs einladenden Mächten sind auf der Konferenz noch 12 Länder vertreten: Polen, Portugal, Rumänien, Jugoslawien, Ungarn, Australien, Kanada, Bulgarien, Tschechoslowakei, Griechenland, Südafrika u. Neuseeland. Daß Österreich nicht eingeladen ist, wird dahin gehend, daß die Donaufurde nicht zum Beratungssitz gehören werde. Tatsächlich zeigt die vorliegende Liste auch nur Staaten, die noch mit der eigentlichen Reparationsfrage allein zu tun haben.

### Macdonald Präsident der Konferenz.

Lausanne, 16. Juni. Die auf der Lausanner Konferenz vertretenen Mächte haben sich auf Macdonald als einzigen Präsidenten der Konferenz geeinigt. In der heutigen feierlichen Eröffnungskonferenz wird nicht nur Macdonald das Wort nehmen.

### Verlängerung des Moratoriums geplant.

Paris, 16. Juni. (Eig. Draht). Die Pariser Zeitungen melden übereinstimmend aus Lausanne, daß Macdonald und Herriot sich darüber geeinigt hätten, der Konferenz die Verlängerung des gegenwärtigen Moratoriums um sechs Monate vorzuschlagen. Während dieser Zeit sollen zwei Kommissionen arbeiten, von denen die eine die Liquidierung der finanziellen Fragen prüfen und die andere eine große europäische Wirtschaftskonferenz vorbereiten soll.

## Aufhebung des SA.-Verbots.

Das Geschenk des Kabinetts der Barone an die Nazis.

Berlin, 16. Juni. (Eig. Draht). Der Reichspräsident hat am Mittwoch die sogenannten politischen Rotverordnungen unterzeichnet. Er ließ sich voraussichtlich, daß es über diese Rotverordnung nach zu ersten Konflikten mit den Ländern kommen wird, die, wie Bayern, am Uniformverbot festhalten. Die für heute zu erwartende Veröffentlichung der zweiten sogenannten politischen Rotverordnung jener Regierung, die bei ihrem Regierungsantritt versprochen, daß sie ohne Rotverordnungen zu regieren beabsichtige, umfaßt die Aufhebung des SA- und des Uniformverbotes, die Neuregelung der Pressevorschriften, des Versammlungs- und Demonstrationsrechts.

In der Verordnung wird nicht generell von militärähnlichen Verbänden gesprochen, wie es in dem SA-Verbot geschah, sondern von „Verbänden, die in geselloffener Ordnung auftreten“. Solche Verbände sind verpflichtet, ihre Satzungen auf Verlangen dem Innenminister mitzuteilen und sich Anordnungen des Innenministers zu fügen. Der Reichsinnenminister erfüllt durch die Verordnung zugleich die Forderung, eingetreten, sobald sich Unzulänglichkeiten herausstellen. Auf Beschwerden hin kann er in einzelnen Teilen des Reichs eingreifen und Sonderregelungen treffen. Darin liegt indirekt die Bestimmungen, daß nicht die Landesregierungen direkt bei dem Auftreten von Schwierigkeiten eingreifen, sondern daß sie sich beschwerend an den Reichsinnenminister wenden müssen, der dann einschließend Anordnungen trifft. Von besonderer politischer Bedeutung ist es weiterhin, daß von der für die Verbände aller Parteien geltenden Regelung die Kommunisten ausdrücklich ausgeschlossen werden, ebenso wie sie auch von der Benutzung des Rundfunks im Wahlkampf ausgeschlossen bleiben.

Die Hauptkräfte bei Verfügen gegen die Verordnung ist die Auflösung von Verbänden. Die Strafvollstreckungen sind im übrigen wie bei allen Punkten, die die neue Rotverordnung regelt, erheblich vergrößert worden. Das gilt zugleich für die Bestimmungen für Versammlungen und Demonstrationen. Aus hier ergibt der Innenminister der Nazi-Partei das Recht, eine Pflicht zu

politischen Ermahnung von Versammlungen für einzelne Reichsteile anordnen. Er kann bestimmen, daß in einzelnen Reichsteilen Versammlungen verboten oder von bestimmten Bedingungen abhängig gemacht werden, daß Robespierbestellen und bei Waffenmißbrauch werden besonders schwere Strafen in Geltung.

Flugblätter und Plakate sind, solange sich nicht Unzulänglichkeiten herausstellen, die ein Eingreifen erforderlich machen, vorläufig vom Zensurvorschriften befreit. Eine Forderung, die von der Nazis gestellt worden war und von der Regierung nach Aufhebung des SA-Verbotes. Dagegen können Zeitungen und Zeitschriften künftig nicht nur bei Gefährdung der Ruhe und Ordnung, sondern auch bei Gefährdung „lebenswichtiger Staatsinteressen“ verboten werden. Diese Kaufverbotbestimmung öffnet der Willkür für und für. Unter „lebenswichtigen Staatsinteressen“ kann man schließlich alles verstehen. Die Folge dieser Bestimmungen wird sein, daß zunächst ein großer Teil der kommunistischen Presse verboten wird, während die Nazi-Propaganda in vergrößelter Form auf das Volk loslassen darf und wird.

Die Rotverordnung soll am Freitag, den 17. Juni in Kraft treten. Von diesem Zeitpunkt ab wird also die Bürgerkriegsarmee des Herrn Hitler, die SA und die SS, ihre neuen Uniformen präparieren können. Zwischen diesen neuen Uniformen und der Hungerverordnung gegen das Volk besteht ein enger Zusammenhang. Die Aufhebung des SA-Verbotes ist der Preis, der den Nationalsozialisten für die Zerstückelung des Kabinetts der Barone gezahlt wird. Der Anblick jedes uniformierten Hitlermannes wird in jedem, der von der Rotverordnung betroffen ist, die Erinnerung daran wecken, daß keine Leute verantwortlich sind für die Hungerverordnung! Wenn die Bürgerkriegsarmee des Herrn Hitler sich in ihren neuen Rotverordnungs-Saaten auf den Straßen bewegt, so wird jeder wissen. Wenn die SA marschiert, muß das Volk begreifen!

# Verluderte Millionen.

Ein Deobheim-Angeklagter paßt aus.

Am Standsprozeß gegen den Eugsapator Gremer und seine Mitangeklagten kam es am Dienstag zu einer Senfation. Der Angeklagte Clausen, gegen den eine Radrostungsanlage wegen Untreue zum Nachteil des Zentralausschusses der Amerren Million erhoben worden ist — er soll in der Verwaltung der Zustände 30 000 bis 40 000 Mark unterschlagen haben —, machte äußerst ausführliche Befundungen über die beispiellose Mißwirtschaft bei den Deobheimern. Clausen gab zuerst eine Schilderung seiner Stellung in der Verwaltung der Landesantenne. Der Angeklagte wurde im März 1929 angestellt und erhielt den Auftrag, die Antenne zu verwalten und Ordnung in den Betrieb hineinzubringen. Clausen betonte, daß sich die Bücher in größter Unordnung befunden hätten. Die Hilfskasse hält die Antennen-Verwaltung völlig außer Acht und in geradezu ungeheurer Weise, ungefähr zu 60 Prozent, verwißelt. Es seien riesige Verluste entstanden.

Clausen machte der Hilfskasse des Zentralausschusses weiterhin höchst wichtige Angaben zum Vorwurf. Man habe dem Bankhaus Rannbaum Geld gegeben und auf diese Weise die Hilfskasse des Herrn Albrecht finanziert. Es seien Millionen-Berluste entstanden. Der allein durch das Bankhaus Rannbaum eingetretene Verlust betrage sich auf annähernd 2 Millionen, andere „Geschäfte“ hätten Verluste von insgesamt 3 Millionen Mark zur Folge gehabt. Die Hilfskasse habe allerdings nur ein Kapital von 500 000 Mark, das ist also ein Strichstück des Gesamtertrages, gehabt. Clausen nimmt kein Blatt vor den Mund. Er behauptet, daß man die Abrechnung bezüglich der Verwendung der Landesantenne absichtlich hinterzögert habe, um den sonst unvermeidlichen Konturs zu vermeiden. Am September 1929, so berichtet Clausen, hätten dann Pastor Gremer und der Geschäftsführer Bleichen die Abrechnung aufgestellt, er, Clausen, habe als Vertreter der Landesantenne eine Million unterschlagen (1). Diese Verhinderung habe man aber später wieder zurückgenommen. Der Angeklagte betont, daß er eine förmliche Revision der Zustandsanteilverwaltung verlangt habe. Persönliche Bücher und Belege seien ihm abgenommen und zur Hilfskasse gebracht worden. Die Revision hätte sich jedoch merkwürdigernesse über drei Wochen verzögert. Der Vorliegende geht auf die Betätigung des Pastors Gremer ein, daß ihm Clausen ein Aufschreibesprotokoll aus seiner Aktenscheife entwendet habe. Clausen widerspricht und führt aus, daß ihm dieses Protokoll von einem Unterdienst mit der Post zugehändelt worden sei.

Am 3. Januar wurde Clausen freilassig entlassen, nachdem er immer mehr, wie er behauptet, auf die Berechnung der Zustandsanteile gebracht hätte. Schließlich war Pastor Gremer, Clausen aus dem Büro heraus, um ihm dann kurze Zeit später, wohl aus sehr naheliegenden Beweggründen, eine förmliche offizielle Ehrenentlassung auszustellen. Es herrschen schon solche Zustände bei den Deobheimern. Immerhin seien die unglücklichen Keinen Sparer, die von Deobheim loshändig betrogen worden sind, jetzt dankbar, wenn ihr lauer erlartes Geld gelassen ist. Das ist zwar kein Fort für sie, aber doch wohl ein Anhaltspunkt mehr für die juristische Generalarrestrechnung mit der höchst unehrlichen Firma Gremer & Co.

# Die nicht opfern können.

Das Kabinett der Barone hat eine neue Notverordnung erlassen, die dem wertvollsten Teil des Volkes gewalttätige Lasten auferlegt. Alle in Lohn oder Gehalt Stehenden werden neu belastet. Erwerbslose, Sozialrentner und Kriegsopfer werden in ihren Bezügen gekürzt. Wo es heißt das Opfer des Heiliges? Für die Reichen gibt es nur eine Belastung, nämlich die Salzsteuer. Da aber der reichste Mann nicht das Laufenwasser an Salz von dem verbrauchen kann, was ein Armer verbraucht, so wird für ihn die Salzsteuer eine Härterigkeit sein.

Wer warum werden die reichen Leute gekürzt? Weil sie so arm sind! Da läuft zur Zeit der Prozeß Caro-Befehl, in dem die reichen Leute ihre schmutzige Wäsche waschen. Von erlöst dabei so nebenbei, daß Frau Vera Befehl, die Tochter des Geheimrats Caro, neben ihrer Mühsal noch einen jährlichen Zuschuß von 30 000 Mark von ihrem Vater erhalten hat, als sie damit nicht auskam, schenkte ihr ihr Vater so ganz nebenbei noch einmal 50 000 Mark. Frau Vera Befehl ist inzwischen gestorben. Ihr Ehemann zahlt einen monatlichen Beitrag von 7000 Mark als Unterhaltsbeitrag für ihr siebenjähriges Kind. Bei so geringem Einkommen kann diesen Nutzen natürlich kein Opfer für die Erwerbslosen zugewandt werden.

Im Prozeß hat der Vertreter von Caro an, daß man Befehl auf Kosten von Caro einen Krankenwagen zur Verfügung stellen sollte, wenn er als Zeuge zum Prozeß in Berlin erscheine. Befehl seinerseits wollte für einen Zeugen, der in Amerika wohnt, eine Europareise bezahlen. Dazu haben sie Geld. — Aber zu Opfern für den Staat oder für die Notleidenden haben sie kein Geld! Das Kabinett der Barone hat Mühsal mit diesen armen reichen Leuten. Es hat deshalb in seiner Notverordnung die reichen Leute vollständig frei gelassen!

# Gegen das Hungerdiktat.

Niedrige sozialdemokratische Kundgebungen in Berlin.

Berlin, 16. Juni. (Eig. Summt.) Die Berliner Sozialdemokratie versammelte am Mittwochabend in vier großen Sälen außerordentlich hart beschulte Kundgebungen, die als Antwort auf das Hungerdiktat der Papier-Regierung zu betrachten sind. In allen Versammlungen herrschte begeisterte, kampferregte Stimmung. Die Berliner sozialdemokratischen Arbeiter nehmen den Kampf gegen die Regierung von Jünger Gnaden auf. Abrechnung mit der sozialistischen Reaktion, Abrechnung mit dem Volksterror der Nationalsozialisten heißt ihre Kampfroutine.

# Der Chef der Räuberbande.

In einer Radioversammlung in Münden sprach der Naziabgeordnete Seffelmann: „Wenn schon eine Räuberbande einen Hauptmann braucht, um wieder notwendiger braucht Deutschland einen Führer, nämlich Adolf Hitler! Der Mann hat einen ihm nachfolgenden Verstand genommen — für die Räuberbande ist Hitler der richtige Mann.“

100 000 Mark-Gewinn gezogen. In der Preußisch-Schlesischen Klassenlotterie wurde am Mittwoch ein Gewinn von 100 000 Mark auf die Nummer 287 250 gezogen. Ein 10 000 Mark-Gewinn entfiel auf das Los Nr. 899 191.

Atlet im Fieber. In der Stadt von Cattaro (Siblanien) wurde das höchste Fiebergefecht am 29. Juni bei Scharfschießungen von einem Fliegerabwärtsschiff verheerlich abgeschossen. Der Pilot Karl Siegenack fand den Tod, sein Begleiter wurde schwer verletzt.

# Protest der Gewerkschaften.

## Die Gewerkschaftsführer beim Reichsarbeitsminister Schäffer.

Der neue Reichsarbeitsminister Schäffer hatte die Spitzenverbände der Gewerkschaften aller Richtungen zu einer Besprechung am 16. Juni eingeladen. Der Reichsarbeitsminister betonte einleitend beim Böhmsitzung so joziösen und auernden Fühlungnahme mit den Gewerkschaften. Das Tarifrecht und das Schlichtungswesen sollen erhalten bleiben, doch müsse Arbeit und Arbeitnehmern überlassen, die freiwillige Erwerbsregulierung der Lohn- und Gehälter könne nur in Ausnahmefällen erfolgen. Die soziale Lage der Arbeiter und Angestellten solle erhalten werden, doch seien die Grenzen durch die allgemeine Wirtschaftslage eng gezogen. Er halte einen noch maligen Lohnnachbesserungen nicht für tragbar, und es müßte bei Meinungsverschiedenheiten geprüft werden, ob durch weitere Opfer der Lohn- und Gehaltsempfänger die Besserung der Arbeitslosigkeit verhindert werden könne. Die Besserung der Arbeitslosigkeit verändere sich vollständig, die Besserung der Arbeitslosigkeit verändere sich vollständig, die Besserung der Arbeitslosigkeit verändere sich vollständig.

# Seipart (N203)

führt aus, daß die Sozialpolitik im Augenblick notwendiger denn je geworden sei. Die Erklärung des Reichsoberpräsidenten, daß die Staat seine Wohlfahrtsaufgabe sein dürfe, werde als eine Herausforderung der Arbeiter und Angestellten empfunden. Das Versicherungsprinzip sei durch die Notverordnung aus der Schwerkraft erschüttert worden. Die Notverordnung habe mit sozialer Gerechtigkeit nicht mehr das Mindeste zu tun. Seipart fragt, ob etwa bei den Verhandlungen weiterer Lohnanhebungen die gezielten Säbne der Bauarbeiter noch weiter gefordert werden sollen? Die Einrichtung parlamentarischer Kommissionen zur Herbeiführung der Vierjahresdenkmal könne ernst genommen werden. Nur die generelle gesetzliche Einführung der Vierjahresdenkmal kann

# Die Barone in Laufanne.

Laufanne, 15. Juni. (Eig. Draht.) Der Reichsanstänger, Außenminister von Neurath und Finanzminister Graf Schwerin von Krosigk legten kurz nach Mitternacht der ersten Besprechung zwischen den einladenden Mächten der deutschen Presse die Richtlinien der deutschen Haltung in Laufanne dar. Sie kamen alle drei nicht über ganz allgemeine Sätze hinaus, wobei am interessantesten die Bemerkung des Reichsanstängers war, die jetzige Regierung werde die nationalen Rahmenbedingungen mit der gleichen Festigkeit vertreten wie ihre Vorgänger. Dennoch scheint von der härteren nationalen Haltung der jetzigen Regierung gegenüber dem Kabinett Brüning nach außen hin schon keine Rede mehr zu sein.



Die Abreise der deutschen Delegation nach Laufanne. Reichsanstänger von Papen am Abstellort des Zuges bei der Abfahrt vom Potsdamer Bahnhof in Berlin.

# Frankreich und Rußland.

Am Nichtangriffs- und Handelsabkommen.

Paris, 15. Juni. (Eig. Draht.) Der „Figaro“ meldet im Anschluß an eine Unterredung, die Herriot vor kurzem mit dem russischen Botschafter Dmogatjewski hatte, daß die französische Regierung die Absicht habe, die Anfang dieses Jahres abgebrochenen Verhandlungen mit Rußland über den Nichtangriffspakt und eines Handelsabkommens wieder aufzunehmen. In der russischen Botschaft ist von einem bestimmten Termin für die Fortsetzung der Verhandlungen noch nichts bekannt. Dem Vorsteher des französischen „Soy. Botschafts“ wurde erklärt, daß der Botschafter Dmogatjewski bei Herriot ein reiner Höflichkeitsebesuch gewesen sei, den Herriot übrigens erwidert habe. Ueber die Wiederaufnahme der Verhandlungen ist dabei noch nicht in deutlicher Form gesprochen worden, aber man hoffe, daß sie erfolgen werde, sobald Herriot nach Schluß der gegenwärtigen internationalen Verhandlungen die Zeit gefunden habe, sich mit diesem Problem näher zu beschäftigen. Der „Figaro“ wendet sich energig gegen einen Nichtangriffs- und Handelsabkommen mit Rußland, weil dadurch die französischen „Handelsbeziehungen“ mit Japan gefährdet werden könnten, denn im Falle eines russisch-japanischen Krieges dürfte Frankreich feinerer Waffen und Munition an Japan liefern. Der „Figaro“ gesteht damit unfreiwillich ein, daß die französische Kriegsinfabrie zurzeit große Mengen Waffen und Munition an Japan liefert.

# Nazis gegen Polizeibeamte.

Die Nazis haben, wie schon mitgeteilt, im preußischen Landtag den Antrag eingebracht, „aus Gründen der politischen Erwerbslosigkeit und Moral den sogenannten Schwärzer-Berband der Polizeibeamten sofort aufzulösen.“ Dieser Antrag wurde gefällig, trotzdem in den beamtenpolitischen Richtlinien der Hitlerpartei davon die Rede ist, daß die Nazis für die Freiheit der politischen Gewerkschaft und die freie Meinungsäußerung der Beamten kämpfen. Das Beispiel zeigt wieder einmal,

die Möglichkeit von Neueinstellungen eröffnen. Der Bericht der Lage werde auch von den Gewerkschaften durcgelesen. Die in der Notverordnung enthaltenen Maßnahmen müßten jedoch die Lage noch weiter verschlechtern; die freien Gewerkschaften lehnten jede Verantwortung für die Folgen ab, die sich aus dieser Notverordnung ergeben müßten.

# Segerward (Christl. Gewerksch.)

Die Notverordnung sei eine einseitige Gewerkschaftung der Arbeitnehmer. Er vermisse konkrete Pläne des Kabinett, für die Wohnpolitik. Die ausnahmsweise Anwendung der Verordnungsmaßnahme lasse befürchten, daß die neue Regierung nur dann eingreifen werde, wenn es im Interesse der Unternehmensliege.

# Aufführer (Kfz-Bund)

erklärt, daß die Anerkennung der Gewerkschaft nicht darin bestehen könne, sie nach dem Erfolg solcher unwürdiger Notverordnungen nachträglich zu hören. Der Sozialabbau in der neuen Notverordnung hat alle Grenzen des Etzrückfühlers überschritten und ist ein einziger Angriff auf die Restkraft der Arbeiter und Angestellten. Bei der dauernden Minderleistung der Arbeitslosenunterstützung seien die heutigen hohen Beiträge nicht mehr zu halten. Wir werden den vollkommenen Willen der Mitgliedschaften wecken, um diese neue Notverordnung zu befechtigen. Der soziale und Lohnabbau muß zur weiteren Verschärfung der Krise führen; zur Erhaltung der Sozialpolitik gibt es nur einen Ausweg: nämlich daß der Staat Einspruch und Führung und Verfügungsgewalt über die Wirtschaft gewinnt.

# Demmer (Gewerkschaftsring)

Es sei besonders mißlich, daß die Arbeitsbeschaffung, für die die Regierung Brüning bereits eine Vorlage vorbereitet hat, in der neuen Notverordnung völlig vernachlässigt wird. Die Regierung sollte beachten, daß die Arbeiter- und Angekettengewerkschaften aller Richtungen in der Beurteilung des neuen Bundes und der Ablehnung der Notverordnung völlig einmütig seien.

daß bei den Nazis zwischen Theorie und Praxis ein himmelweiter Unterschied ist.

Der Schröder-Berband, dessen eigentlicher Titel „Berband preußischer Polizeibeamter“ lautet, ist die wichtigste deutsche Polizeibeamten-Organisation. Er umfasst die großen Anteile der deutschen Polizeibeamten aller Sparten und aller Dienstgrade. Nicht nur gibt es nur noch eine freigewerkschaftliche Beamtenorganisation, ferner die Vereinigung preussischer Polizeioffiziere und einige kleine Splitterorganisationen. Ganz seiner praktischen Tätigkeit ist der Schröder-Berband völlig unabhängig von den Parteien, aber er ist ein — und das ist den Nazis Lieberzeugung und mit dem Herzen bei der Republik. Darum soll er nach den Wünschen der Nazis verschwinden. Was es gegen die Republik geht, und für die Reichsbarone bzw. ihre Auftraggeber, pleiten die nationalsozialistischen Demagoguen auf die in ihnen beamtentypischen Richtungen so großartig veränderte Freiheit der politischen Gewerkschaft und die freie Meinungsäußerung der Beamten. So demaskieren sich die Lügner und Betrüger des Volkes von Tag zu Tag mehr. Wir sind überzeugt, zum Vorteil Deutschlands.

# Wer finanziert die SA?

In seiner heutigen Morgenansgabe weist der „Vorwärts“ die Frage auf, wer die SA finanziert. Daß Blatt schreibt: „Man spekuliert in den Kreisen, deren Sprachrohr die alldeutsche „Deutsche Zeitung“ ist, auf eine braune Währungs- und Arbeitsbeschaffung“ getarnt werden soll. Die Deffektivität hat ein Recht, zu erfragen, was die betreffenden Kreise zu solchen Hoffnungen und Ermutterungen berechtigt. Da die Arbeitsbeschaffung Zutunsmacht ist, besteht die Möglichkeit, daß die SA zum freiwilligen Arbeitsdienst kommandiert wird. Am freiwilligen Arbeitsdienst ist vorgesehen, daß die Behörden nicht nur für den Unterhalt, sondern auch für die Kleidung der Arbeitsdienstmännern aufkommen. Wir stellen also die eindeutige Frage: Soll jetzt mit staatsfähigen Mitteln, die für den freiwilligen Arbeitsdienst ausgeworfen sind, die Privatarmee des Herrn Hitler beschafet und neu eingeführt werden? Dies würde eine Finanzierung der nationalsozialistischen Partei und ihrer Propaganda durch den Staat bedeuten.“

30 Tage nach dem 21. Juni muß der neue Reichstag zusammenzutreten. Neben die von uns aufgeworfenen Fragen ungelöst, so können wir in Reichstag oder einem Unterdrückungsausschluß in offener Deffektivität behandelt und geklärt werden. Die Kritik, die das Kabinett der Barone mit der Reichstagsaufstellung sich verschafft hat, ist nicht lang.“

# Die Arbeitslosenunterstützung in Frankreich.

Paris, 16. Juni. (Eig. Summt.) Der Arbeitsminister Deltant hat eine Abordnung der sozialistischen Kammerfraktion am Mittwoch erklärt, daß die von der Regierung verpropagandisierte Arbeitslosenunterstützung durch eine in der nächsten Woche im Journal offiziell erscheinende Verordnung in Kraft gesetzt werden würde. Die Arbeitslosenunterstützung wird als künftig so lange gezahlt werden, bis die Arbeitslosen wieder eine Beschäftigung gefunden haben. Außerdem hat der Minister Maßnahmen für die arbeitslosen Kammerfraktion verpropagandisiert und erklärt, er habe den Justizminister um Einstellung der Verfahren gebeten, die gegen arbeitslose Arbeiter wegen Nichtzahlung ihrer Mietzin eingeleitet worden sind.

In der Mitbewirtschaftung des Unvollständigen Landtages erklärte Ministerpräsident Freyberg in Verantwortung seiner französischen Frage der Nationalsozialisten, daß das Staatsministerium beschließen habe, gegen den sozialistischen Parteivorstand die Beschlüsse der Reichsregierung die Unvollständigen-Eigenheit zu entscheiden. Es kommen in Frage das „Vollblatt“ in Dessau, das „Vollblatt“ in Bernburg, der „Vollblatt“ in Köthen und der „Vollblatt“ in Zerbst.

Der lebende Tote. Das Strafgericht in Bonn (Frankreich) verhandelt am Dienstag Abend gegen den Versicherungsstrahler Durand und seine Bekannte Gaudier, die eine Lebensversicherungsgesellschaft mit 150 000 Francs betrogen hatten. Das Paar hatte in Algerie eine Strohpuppe unter dem Namen Durand begraben lassen, um auf diese Weise die Versicherungsgesellschaft zu nützen zu können. Durand erhielt 5 Jahre, seine Freundin 2 Jahre Gefängnis.





# 1. Beilage zur Harzer Volksstimme

Nr. 139

Donnerstag, den 16. Juni 1932

7. Jahrgang

## WERNIGERODE

### Ausnahmen vom Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel.

Der Reichliche Minister des Innern hat unter dem 3. Juni d. S. folgenden Erlaß an sämtliche Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten gerichtet:

„Am Hinblick auf die zahlreichen Versammlungen unter freiem Himmel, die herkömmlicherweise im Sommer von kleineren unpolitischen Vereinigungen (Schützen, Gelangs-, Turn- und Sportvereinen) unternommen werden, ermächtige ich die Regierungspräsidenten, die ihnen erteilte Befugnis zur Bewilligung von Ausnahmen von dem Verbot von Versammlungen und Umzügen unter freiem Himmel (Anordnung vom 31. Oktober 1931 — GS. S. 225 — Nr. 1. S. 1125 — II 1250/31) — für völlig unpolitische Versammlungen der genannten Vereinigungen von rein örtlicher Bedeutung für die Stadtteile den Ortspolizeibehörden, für die zu einem Landreise gehörenden Ortspolizeibehörden mit staatlicher Polizeierhaltung den staatlichen Ortspolizeibehörden und für die übrigen Ortspolizeibehörden den Landräuten zu übertragen.

Die Regierungspräsidenten haben die genannten genannten Verordnungen unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse ihrer Bezirke mit Befugnissen zu versehen und die Handhabung der Ausnahmebewilligungen zu überwachen. Die Entscheidung über die Ausnahmebewilligungen bei bedeutenden Versammlungen mit einer großen Teilnehmerzahl sowie bei Versammlungen, die ihrer Natur nach eine über den Veranstaltungsort hinausgehende Bedeutung haben, haben die Regierungspräsidenten sich vorbehalten. Sie können auch bei Versammlungen dieser Art im Interesse der Wahrung der Ortspolizeibehörden dem Landräte zur Entgegennahme der Anträge auf Erteilung der Ausnahmebewilligungen ermächtigen.

Die städtische Presse ist über diese Regelung möglichst bald in Kenntnis zu setzen.“

Durch Verfügung vom 8. Juni 1932 hat der Regierungspräsident des Regierungsbezirks Magdeburg die aus obigem Erlaß sich ergebende Befugnisse auf den Polizeipräsidenten von Magdeburg, die Landräte und die Oberbürgermeister als Ortspolizeibehörde der Städte Magdeburg, Burg, Halberstadt, Quedlinburg und Stendal übertragen. Für Versammlungen, die über den Zuständigkeitsbereich der genannten Behörden hinausgehen oder denen eine erhebliche Bedeutung beizumessen ist, behält sich der Regierungspräsident letztere bei Genehmigung vor. Entschieden die Anträge sind von den Ortspolizeibehörden bzw. den Landräuten zu stellen.

Die nächste Parteiverammlung hat wichtige Aufgaben zu erledigen. Nicht eines Mitglied ist es daher, auch am Dienstagabend im Gemeindefestsaal (Gartenlaal) zu erscheinen. Das Ende der Lotterienpolitik stellt die Parteimitgliedschaft vor neue Aufgaben, die eingehend zu besprechen sind.

— Achtung, Junge Front! Am kommenden Samstagabend treten alle Mitglieder der Reichsjugend der Parteimitgliedschaft, der sozialistischen Arbeiterjugend und die Arbeiterparteijugend zu einem wichtigen Appell um 20 Uhr im Gemeindefestsaal „Monopol“ an.

— Abbau auf der ganzen Linie! An der ganzen Stadt sieht man aufgeregt diskutierende Gruppen, die die neueste Schandtat auf die Unterfütterungsempfänger besprechen. Recht deutlich wird dabei den Erwerbslosen und auch den Renteneinflüssen vor Augen geführt, was es heißt, wenn die Arbeiterklasse jenseits der Regierung die Rechte einzuweisen oder deren eine erhebliche Bedeutung beizumessen ist, behält sich der Regierungspräsident letztere bei Genehmigung vor. Entschieden die Anträge sind von den Ortspolizeibehörden bzw. den Landräuten zu stellen.

## Die Rückkehr aus dem Jenseits

Roman von Hans Schulze

(Nachdruck verboten)

### Erstes Kapitel

„Über das ist ja Wahnsinn, Walter! Einfach heller Wahnsinn! Rechtsanwalt Altesleben war aufgesprungen und starrte dem Freunde entrückt und zerschanden zugleich in das überhängige, verachtele Gesicht. Ein breites Lächeln spielte um die Lippen seines Gegners.“

„An der ersten Zeit erschien mir meine Waise genau so widerwärtig wie dir. Doch ich weiß mit wirtlich keinen anderen Rat. Ich bin am Ende. Die Notwendigkeit stehen vor dem Zusammenbruch.“

Der Anwalt schüttelte energisch den schmalen, gutgeschnittenen Kopf.

„So schnell gebe ich mich nicht geschlagen. Du siehst die Zukunft in deiner augenblicklichen Stimmung sicherlich viel zu schwarz an. Es muß für dich noch eine Rettung geben.“

Walter Notter zuckte mit den Schultern.

„Es hat keinen Zweck, mit Worten zu spielen, wenn die Tatsachen sprechen. Du hast ja aus meinen letzten Obsequien nicht erfahren, wie ich seit langem schon geächtet dazumirandurdebelegungen bin. Das liegt an dem allgemeinen Marktverfall und dem beschleunigten Wirtschaftskollaps gerade an dem Gebiet der chemischen Industrie, denn aber trage ich wohl auch selbst ein gut Teil Schuld daran. Wie du weißt, bin ich seit Jahren der Erfindung des unzerstörbaren Filmtreifers nachgegangen. Viele Tausende habe ich in diese hoffnungslos verlorene und andere wichtige Industriesparte in die Irre geworfen. Darüber erhalte ich jetzt

## Proletarischer Kulturwille.

### Aus dem Geschäftsbericht des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes.

Die kapitalistische Gesellschaft fragt in allen Fragen. Ihr wirtschaftlicher Wohlstand durch die Zusammenbrüche großer Unternehmungen der geistige durch die Abnahme der Charakteristika. Subventionen des Staates fließen Agrarier, Großindustrie, Banken. In diesem Chaos finden die proletarischen Organisationen. Sie konnten bisher in ihren Grundlagen erhalten bleiben, weil die Solidaritätsideologie sich kräftig genug erwies. Ein Einblick in den Geschäftsbericht des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes bestätigt das aufs neue. Der Bericht umfaßt die Zeit vom 1. Oktober 1931 bis Ende März 1932. Der Geschäftsbericht der Jahre 1931/32 um den Betrag für 27 000 Mitglieder zurückgegangen. Rund 442 000 Mark fand den Bund als Beiträge zugeflossen. Der Schutz der Chöre vor Aufführungsgeldern auf Grund des Urheberrechtes bringt die Hauptbelastung des Bundeshaushalts mit rund 127 000 Mark, 28,6 Prozent aller Beitragsentnahmen müssen dem Aufführungsgeld als Beitragsgegenstand bezahlt werden. Im die Stellungsmöglichkeit der Dirigenten der Arbeiterchöre zu fördern, beteiligt sich der Bund an den staatlichen Chorleiterkursen durch Übernahme der Fahrt- und Tagelöhne. Dies ergab eine Belastung von etwa 32 000 Mark. Aber auch die Schaffung der Funktionen, die alljährlich in dem Ferienheim der Wäde in Friedrichsroda durch einwöchige Kurse erfolgt, erfordert mit 17 000 Mark im Etat. Aus diesen Zahlen ist die Kulturarbeit des Arbeiter-Sängerbundes zu ersehen.

Wichtig bleibt bei dem nur für die Mitglieder des DAS eingerichteten Verlag in Erfurt, in dem Komponisten, Dichter, Bearbeiter, Lehrer, Notenverleger und die Mitglieder sind die Aufnahme ihrer Einrichtung. Durch den eigenen Verlag kann den Arbeiterchören zu niedrigsten Preisen Material für den Chorbereich zur Verfügung gestellt werden. Auf diese Weise ist für die Autoren die meiste Verbreitung ihrer Arbeiten möglich. Auch durch die großen geleisteten Werke, die im etwa 16 000 Bänden und 800 000 Stimmen verteilt wurden, wird die Verbreitung von neuem Liedmaterial wesentlich gefördert. Am

des Groskapitals, den Nationalsozialisten, besteht, deren Wünschen die heutige Regierung entspricht.

Problematik der Eisenbahn. Die neue Eisenbahndirektion Hannover hatte zum Dienstag 21.45 Uhr einen großen Alarm auf dem Reichsbahnhof Wernigerode angelegt. Es wurde ein Zug zusammenfahrend markiert, wozu die Rettungsmannschaften, Hilfszüge und Leertreize alarmiert waren. Unter der Oberleitung des Oberbaurats Wiegels-Hannover wurde mit den modernsten Hebenwerkzeugen und Rettungsgeräten die Katastrophe möglichst wahrheitsgetreu beseitigt. Ein einziges vollständiges Güterwagenmischer, mit Gesamtgewicht von 300 Tonnellen, das sich im Grütalle auf dem Gleis in dieser Hinsicht ihren Aufgaben gewähren sind. Mit Minusapparat und Feuerlöscheinrichtungen wurde gearbeitet, um zu zeigen, wie man in das Innere eines Wagens gelangen könne. Der Probenalarm fiel recht günstig aus. Er zeigte, daß im gegebenen Augenblick alles zur Stelle ist. Um 23.30 Uhr konnten die Halberstäder Hilfsmannschaften, die aufgebolen waren, den Schupplager ihrer Tätigkeit wieder verlassen.

Die täglichen erfolglosen Nachfragen in Einwohnern-Meideant nach hier wohnhaften nicht gemeldeten Sommergästen fallen erkennen, daß trotz wiederholter Hinweise und Verwarnungen die Zusammenführung der Sommergäste von Gastwirten und Vermietern immer noch nicht pünktlich erfolgt und in vielen Fällen unterlassen wurde. Es sind sämtliche Sommergäste, auch die Pastoren, von den Vermietern innerhals 24 Stunden nach der Ankunft, auf vorgeschriebenem Formular anzumelden. Eine Abmeldung ist nicht erforderlich. Der Anstufung ist genau anzugeben, ebenso ist, falls der Abreisetag nicht feststeht, die voraussichtliche Aufenthaltsdauer anzugeben. Nach der Mittelpolizeiordnung vom 28. April 1930 § 14 wird gegen denjenigen, der gegen diese Vorschriften verstößt, ein Zwangsgeld bis zu 50 M und im Unvermögensfalle eine entsprechende Zwangshaft festgelegt.

die Quittung. Nach hat kein einziger meiner Mitarbeiter auch nur eine Abnung von meiner wahren geschäftlichen Lage. Und dabei ist es doch so erschütternd einfach. Wie sehr eine solche Hilfe ist, die bei der heutigen Geldverhältnisse sichergestellt nicht zu beschaffen ist. Ich bin leider ein Mensch, der sich keinen Selbstläufungen hingeben kann. Ich nehme die Dinge, so wie sie sind! Der Anwalt hatte sich wieder an seinem Schreibtisch niedergelassen und spielte nervös mit einem Papiermesser.

„Zugegeben, daß dir das Wasser bis zur Kehle steht. Aber warum dann gleich dies letzte, fürchterliche Ausschlußmittel!“

Walter Notter legte sich gewichtig in dem dreihelligen Stuhlbesitz nieder.

„Es kommt ganz darauf an, unter welchem Gesichtswinkel man eine Sache betrachtet. Und ich will dir offen gestehen, daß der Gedanke an einen vielleicht neben Job für mich zuweilen etwas verlockendes hat. Nicht mehr die ewigen Sorgen um die nächsten Lohn- und Gehaltszahlungen, um Bankrot und fällige Wechselrückzahlungen. Endlich einmal wieder Ruhe haben. Ruhe für immer!“

Bei einer stilleren Bewegung füllte er die Hände über den Anwalt mit seinem fährthigen, an den Schößen selbst vermittelter Gesicht erschien er in diesem Augenblick im Jahrzehnte gealtert. Ein seltsames Lächeln übertrug die Unterbrechung. Der Bürovorsteher kam herein und legte einen Stoß einiger Unterschriften auf der Schreibtischplatte nieder.

Das Krächzen von Alteslevens Füßeln vor minutenlang das einzige Geräusch, das die fast ängstliche Stille des Zimmers unterbrach. Auch als die beiden Freunde wieder allein saßen, herrschte noch immer geräusche. Seit ein gespanntes Schwitzen, bis Walter Notter nicht überlegen Art endlich wieder das Wort nahm.

„Ich kann es verstehen,“ sagte er, „daß dich meine Kränkungen beschweren getroffen haben. Denn du bist ja schließlich nicht nur mein Anwalt, sondern auch mein ältester und nächster Freund. Sieh, ich persönlich würde keinen Augenblick davor zurücktreten, von neuem klein anzufangen und mich allmählich wieder in die Höhe zu arbeiten. Aber den meinst du nicht ein vielleicht Jahrzehnte langes Leben in Armut und Enttäuschungen erlitten. Darum will

Umlauf des eigenen Verlanges machte sich die Krise am stärksten bemerkbar. Gegenüber dem Jahre 29/30 ergibt sich für das Jahr 31/32 eine Einnahmeverminderung von rund 55 Prozent. Auch beim Bezug der Arbeiter-Sängerzeitung ist ein Rückgang um etwa 25 Prozent festzustellen. In diesen Zahlen zeigt sich die Auswirkung der Arbeitslosigkeit auf den DAS. Die Zahl von den Chören über eine 60 bis 90 Prozentigkeit. Ein Rückgang der Durchschmittmitgliedschaft mit 42 (gegenüber 52 je Verein im Jahre 1929) festgestellt werden kann, dann kann von erfolgreichem Bestand der Arbeiter-Sängerbewegung gegenüber dem Angriff der Krise gesprochen werden. Die Gesamtmitgliedschaft wurde statistisch mit 188 737 (darunter 69 445 Frauen) für 4 453 Vereine ermittelt. Die Jugendlichen (bis 20 Jahre) sind in dieser Zahl mit 17 804 (davon 9 105 weibliche) vertreten. Das Bestreben, auch die Kinder für den Chorbereich zu interessieren, hat zu 183 gemeldeten Kinderchören mit 11 067 Kindern (davon 7 086 Mädchen) geführt. An unterrichtenden Mitgliedern meldet die Statistik 126 135. Diese Feststellungen berechtigen sicher zu der in der letzten Nummer erreichten Schlussfolgerung: Die sozialistische Idee führt auch die singenden Proletarier zu einer achtunggebendsten Gemeinschaft. Es bleibt noch festzuhalten, daß die Behörden trotz aller schönen Reden über die notwendige Kulturarbeit für diese Kulturgemeinschaft der Arbeiterchöre nur selten Unterstellungen übrig lassen.

Erwähnt sei auch, daß sich für die Mitglieder des DAS zur Aufgabe gestellt hatte, dem Arbeiter-Sängerbund Schwebereien zu bereiten. Allerdings hat die kommunistische Arbeiter-Kampfgemeinschaft bisher nur den Austritt von etwa 3-4 000 Mitgliedern erreichen können. Wenn die organisierte Arbeiterkraft sich grundsätzlich und praktisch zum Arbeiter-Sängerbund bekennt, dann wird auch die kommende Geschäftsperiode, trotz Wirtschaftskrisis und sozialistischer Verleumdungen, den proletarischen Aufschwung nicht brechen können, wie er in der Tätigkeit des Arbeiter-Sängerbundes zum Ausdruck kommt.

## Kreis Wernigerode

Wernigerode, 16. Juni. Das Fest der Silbernen Hochzeit feiert heute der Vorkörper der Partei, Gen. Gen. Wollenhaupt. Zehn Jahre seit Gen. Wollenhaupt in der politisch verorteten Zeit an der Spitze der Ortsgruppe in unermüdlicher Treue. Wir wünschen untern Gen. Wollenhaupt, daß er auch ferner in froher Familie und in der Partei wirken kann und schließlich uns den Grafenstein an.

Schleie, 16. Juni. Die Brandentzweiße ist wegen Badarbeiten am 17. Juni auf 4-5 Tage, von 3 Uhr morgens bis 10<sup>1/2</sup> Uhr vormittags für jeglichen Fahrzeugverkehr gesperrt.

## Aus Halberstadt

\* Schreberfest in Dr. Schreber. Der Kleingartenverein „Dr. Schreber“ veranstaltet am Sonntag, den 19. Juli, ab 14.30 Uhr, ein Kinder- und Gartenfest. Näheres ist aus dem heutigen Anferl zu erfahren.

\* Heute Werbeabend der Radfahrer auf dem Paulsplan. Die Arbeiter-Radfahrer, welche den Monat Juni zum Werbemonat proklamiert, veranstalten heute wieder eine für die Öffentlichkeit zugängliche Werbeveranstaltung. Der Paulsplan, um 20 Uhr, findet eine Grandveranstaltung auf dem Paulsplan statt. Neben dem Reichsbanner, einem Orchester und dem Sängerbund wirken einige Mannschaften des Vereins mit. Es werden ein 8er-Mädchenreigen, ein 8er-Andradreigen, ein 8er-Schülerreigen, ein Gruppenkutschfahren, ein Kunstreigen und ein 3er-Radballspiel gezeigt. Die Veranstaltung wird wieder viele Menschen anlocken. Möge sie vor allem aber dazu beitragen, den Arbeiter-Radfahrern neue Mitglieder zuzuführen. Im eigenen Interesse sollte jeder Radfahrer zu Solidarität gehören. Der Eintritt ist im Werbemonat Juni frei.

ich ihnen helfen, und wenn ich selbst mein Leben für sie einlösen muß. Geht es um die Fabrik neuer Betriebsmittel, zuzuführen, so kann sie unter gewöhnlicher Leitung ungenügend über die gegenwärtige Krise fortgebracht werden. Es ist alles nur eine Gefahr!“

Dr. Altesleben hatte die Rechte des Freundes ergreifen und drückte sie herzlich.

„Ich bemundere deinen Mut und deinen Opferwillen, Walter! Aber gerade, weil es nur eine Gefahr ist, müssen wir diesen toten Punkt überwinden. Ich habe in heißen Mantrellen einen Einblick und will gern die Vermittlung eines größeren Kreises für dich übernehmen. Schließlich hast du ja auch persönliche Werte für einen solchen einzuweisen, deinen Fleiß, deine Intelligenz, deinen sachmännlichen Ruf. Vor den Augen der ganzen Stadt hat sich dein Aufstieg vollzogen, fast aus dem Nichts heraus hat du deine Fabrik geschaffen, die heut einem Meer von Menschen Brot und Arbeit gibt. Nicht mit deinem Tode sollst du deinem Werte dienen, sondern mit deinem Leben!“

„Das hab ich mir in unzähligen schlaflosen Nächten alles schon selbst gesagt! Was die Notwendigkeit. Gerade wie ich mich natürlich auch bei den verdienstfunden Stellen bereits unter der Hand um Geld bemüht habe. Aber überall, wo ich bei den Großkapitalen angelockt habe, hat man mir die falsche Schulter gezeigt. Und da ist an eine Hilfe durch unser heimische, doch so viel kapitalistischere Gelmitteln erst recht nicht zu denken. Wie ich mich auch drehe und wende, ich sehe mich in einer Sackgasse. Und ich sehe keinen andern Ausweg als jenen, den du vorhin als Wahnsinn bezeichnet hast!“

Der Anwalt hat in verzweifelter Abwehr beide Hände.

„Und dabei bleibe ich! Sprich mir auch nicht mehr davon, ich kann es nicht hören!“

Notter hatte seiner Tasche eine Zigarette entnommen und entzündete sie umständlich.

„Ich hätte dir etwas mehr Nerven zugetraut,“ sagte er dann.

„Warum handelt es sich denn schließlich, wenn mir die Sache noch einmal ganz frisch und frisch betrachtet. Ich bin seit einem Jahr bei einer großen Zigarren-Lebensversicherungs-Gesellschaft mit 500 000 Mark versichert. Sterbe ich heute oder morgen, so ist der





# Mitteldeutsche Rundschau

Schwerer Autounfall.

Hoffstede (Hanz). Einen schweren Autounfall erlitt der Arzt Dr. Lütjohr von hier. Anlößte eine Reisepanne fuhr er gegen einen Baum. Mit einem Oberleitungsbaum, Brustgehäusen, Arm- und Gehörgehörgehäusen wurde der Berginglücke aufgefunden und dem Krankenhaus zugeführt.

### Auf dem Motorrad ohne Hissflug erlitt.

Häfelerleben. Auf der Chaussee von Hoyun nach Häfelerleben verlor ein aus dem Hanz kommende Motorradfahrer infolge der großen Hitze plötzlich die Besinnung und fuhr mit seiner auf dem Sozius sitzenden Frau in den Straßengraben. Beide gegen sich erhebliche Verletzungen, die Frau erhielt außerdem noch einen Knochenbruch. Beide wurden dem Häfeler Krankenhaus zugeführt.

### Freitod eines Betrügers.

Güsten. (Anhalt). In Güsten im Anhalt hat sich der Geldverleiher Borchardt erhängt. Er war wegen Betrugs in einer Darlehnslage zu Gefängnis verurteilt worden.

### Schwerer Motorradunfall.

Melsleben. Auf der Leipziger Chaussee ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Der aus Melsleben kommende Motorradfahrer Dr. Hofer ließ mit einem Kraftwagen der Gestühtur Viehwarenfabrik zusammenstoßen. Dr. Hofer stürzte und zog sich hierbei einen Bruch des rechten Handgelenks und schwere Verletzungen des linken Beines zu. Das Motorrad wurde überfahren und vollständig zerstört.

### Anfall durch schwebende Pferde.

Schönlingen. Schwebende Pferde verursachten in Zwieslingen einen Unglücksfall. Der Landwirt Becker fuhr mit der Kuhle durch das Dorf. Pflöckig schauten die Pferde und rissen die Zugel ab, wobei der Reiter die Gewalt über die Pferde verlor. Die Pferde gingen mit dem Wagen durch. Während es dem Reiter und einem Mitfahrer gelang, abzuspringen, fiel Becker so unglücklich, daß er schwere Bein- und Schlüsselbein- und erhebliche Kopfverletzungen davontrug. Sein achtjähriger Sohn brach sich beim Abprung einen Arm. Die Verletzten wurden dem Helmsfelder Krankenhaus zugeführt.

### Scheune niedergebrannt.

Neuhaldensleben. Aus bisher noch unbekannter Ursache brach am Dienstag nachmittags auf dem Hof des Unternehmers Stepten in der Langenstraße Feuer aus, das in kurzer Zeit die aus Fachwerk erbaute große Scheune mit Strohvorräten zum Opfer fiel. Die Feuerwehr mußte sich darauf beschränken, die angrenzenden Gebäude vor einem Übergreifen der Flammen zu bewahren, was ihr auch gelang. Der Schaden ist erheblich und durch Versicherung gedeckt.

### Im Waschlüssel verbrüht.

Jandau (Kr. Weißenfels). Ein sieben Jahre alter Junge, der mit anderen Kindern in der Waschküche spielte, versuchte sich auf den Deckel eines mit kochendem Wasser gefüllten Kessels zu setzen. Der Deckel rutschte jedoch zur Seite, so daß der Junge mit dem Unterkörper in das Wasser geriet und sich schwere Verbürnungen zuzog. In bedenklichem Zustande wurde er dem Krankenhaus zugeführt.

### Streit der Hefenarbeiter in Magdeburg.

Magdeburg. In der vergangenen Woche ist im Rohstoffteil der Hefenarbeiter gegen die Organisation der Umfahrglaspebsteure ein Schiedsverfahren geführt worden, das eine Herabsetzung der Höhe vorsieht. Bis zum 15. Juni haben die beiden Parteien ihre Stellungnahme der Leipziger Schlichtungsinstanz mitzuteilen. Die Magdeburger Hefenarbeiter, die auf dem städtischen Hofmengen, dem Eichenhof der Reichsbahn und den Firmen Elbingerhaus und Schuh u. Co. beschäftigt sind, haben die Frist jedoch gar nicht abgemart, sondern sind in den Streit gezogen. Bisher streiten etwa 200 Mann.

### Eine Einbrecherbande.

Köthen. Der Polizei ist es gelungen, eine Anzahl Einbruchsdiebstahle durch die Verhaftung dreier junger Burchen aufzuklären. Über 20 Einbrüche kommen auf ihr Konto. Man konnte einen Teil der gestohlenen Waren wieder herbeischaffen.

### Weitere Probebefläge des Junkers-Stratosphären-Flugzeuges.

Delfau. Das erste deutsche Stratosphärenflugzeug, das brenntlich von der Luftschiffgesellschaft der deutschen Wissenschaft gemeinsam mit den Junkerswerken gebaut wird, wird demnächst seine Probebefläge fortsetzen. Die Verflüge erfolgen bis zum 30. Juni. Bei der letzten Probebefläge, die in einer Höhe von 10 Kilometern. Bei der folgenden Verflüge werden auch erstmals die Unterdruckkammer und das Scheuergeräts in Benutzung genommen werden.

### Begräbnis mit Hindernissen.

Heidelagen. Ein kaum gläubiger Vorfall ereignete sich bei der Beerdigung der vor einigen Tagen verstorbenen Frau Dammeh. Antrittserweise wurde anstelle des ordnungsmäßig erordneten Beerdigungskessels die Hufeisen des vor 14 Jahren dahingegangenen Ehegatten geöffnet. Beim Niedertreten wurde der morsche Sarg zertrümmert und die Leberreste blieben auf dem aufgemauerten Erdboden liegen. Erst nach eindringlichen Vorstellungen der in höchstem Grade erregten Leidtragenden veranlaßte der Friedhofswärter, daß das Grab ausgehauert wurde, nachdem die irdischen Leberreste wieder beigelegt waren. Sogleich wurde dann ein neues Grab ausgehauert und nach reichlich zwei Stunden konnte dann die Begräbnisseier am Grab stattfinden.

### Eldlich überfahren.

Mehlfeld. In der Raumburger Straße wurde ein fünfjähriger Knabe, Sohn des Modelleurs E. Kroll, als er die Straße überqueren wollte, von einem hamburgser Personenauto überfahren. Der Knabe wurde so schwer verletzt, daß er sofort ins Krankenhaus geschafft werden mußte, wo er bald darauf seinen Verletzungen erlag. Der Führer des Wagens hatte den Knaben sofort ins Krankenhaus gebracht. Die Schuldfrage ist noch nicht einmündig entschieden.

### Wieder Großfeuer auf dem Eichsfeld.

Morbis (Eichsfeld). In Prehme entzündet bei dem Landwirt Lueberberg ein Feuer, das mit rasender Schnelligkeit noch auf zwei andere Anwesen ausbreitete. Die Wirtschaftgebäude der Landwirte Lueberberg und Bleg blüen völlig niedergebrannt. Außerdem sind die Wohnhäuser von Bleg und Engelhardt durch Feuer und Wasser so schwer beschädigt, daß sie wahrscheinlich abgerissen werden müssen. Die Brandbestimmungspflicht hat die Ermittlungen aufgenommen.

# Krisenfest und erfolgreich!

## Generalversammlung der Volksfürsorge.

Der Optimismus, mit dem wir sonst immer den Geschäftsergebnissen der Arbeiterunternehmungen entgegenzogen, war in diesem Jahre gedämpft. Die schweren Krisenzeiten sind dazu angehen, unsere Erwartungen erheblich herabzusetzen. Trotzdem stehen wir aber pessimistischen Gedankengängen fern, weil uns langjährige Erfahrungen lehren, daß die gemeinschaftlich organisierten und nach solchen Grundsätzen geführten Arbeiterunternehmungen noch immer den prinzipiell wichtigsten Wirtschaftskrisen überlegen waren. Eine Bestätigung dieser Auffassung gibt uns nach den anderen Arbeiterunternehmungen auch die Entlohnung der Volksfürsorge.

Aus vorläufigen Berichten der Volksfürsorge war schon ersichtlich, daß das gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsunternehmen trotz allem dem Ansturm der Krise gewachsen war und seinen Aufstieg, wenn auch stark gehemmt, fortsetzen konnte. Nach der kürzlich stattgefundenen Generalversammlung liegt nun das endgültige Ergebnis vor. Der Versicherungsbestand der Volksfürsorge stieg von rund 2185 Tausend Versicherungen Ende 1930 auf 2261 Tausend Ende 1931. Durch Einnahme aus Prämien und Kapitalerträgen in Höhe von 63 Millionen Reichsmark stieg das Vermögen auf rund 180 Millionen Reichsmark, wovon — das soll ausdrücklich betont werden — rund 161 Millionen Reichsmark in Rücklagenreserve und aufgezinstes Gemeinnützigen Eigentum der Versicherer liegen.

Bestanderes Interesse hochruft wieder die von der Generalversammlung beschlossene Verteilung des Uberschusses. Nach Abzug der gesetzlich vorgeschriebenen und sonstigen Reserven und 50 000 Reichsmark zur Verzinsung des 2% Millionen Reichsmark betragenden Aktienkapitals (die Aktien sind nur im Besitz der Gewerkschaften und Genossenschaften) werden die sonstigen Einrückungen in Höhe von 11230 000 Reichsmark den Versicherern als Gewinnanteile ausgeteilt.

Dadurch ist es auch in diesem Jahre möglich, den Versicherern in der Volksabteilung 30 Prozent und den Versicherern der Lebensabteilung 35 Prozent der gemeinschaftlichen Jahresprämie als Gewinnanteile zu überweisen. Diese Zahlen brauchen wohl nicht kommentiert zu werden.

Die Generalversammlung gab auch Gelegenheit, auf Vorschläge einzugehen, die in der Öffentlichkeit gegen die Volksfürsorge erhoben worden sind. Sie waren meistens infolge von politischen Gegnern unseres Arbeiterunternehmens und hatten die Lage der

Volksfürsorge und die von ihr ausgehenden Rücksummen zum Gegenstand. Es liegen bei der Volksfürsorge unzählige Beweise über verläßliche Behauptungen vor, so u. a. Ausstellungen, die von einem kommenden Zusammenbruch der Volksfürsorge, von geplantem Verbot unseres Unternehmens, von finanziellen Verlusten bei der Kapitalanlage und von Verlusten der Versicherer sprechen. Demgegenüber konnte der Berichterstatter in der Generalversammlung auf den Geschäftsergebnisse verweisen, der alle diese Behauptungen als absurdum führt.

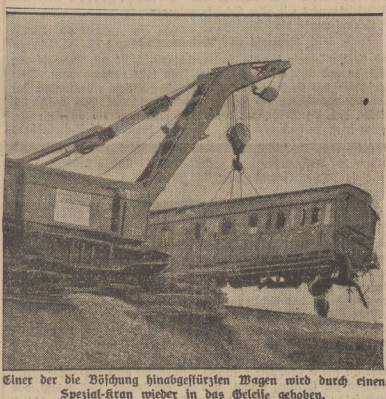
Es wird unseren Bericht wohl verständlich sein, daß das von der Lebensversicherung übernommene Risiko (vor Ablauf der Versicherungsbaute fällige Versicherungsleistungen durch Sterbefälle) oder der Gesamtheit der Versicherer getragen werden muß und auch die Vermögensverluste gedeckt werden müssen. Dieses Prinzip muß selbstverständlich auch die Volksfürsorge anerkennen und anwenden. Die ausgehenden Rücksummen werden deshalb nicht die Höhe der eingehenden Prämien erreichen.

Das Vorstandsmagid Friedrich Ertle konnte unter Beweis stellen, daß die Volksfürsorge von allen Lebensversicherungsgesellschaften den relativ höchsten Rücksummen ausweist. Bei der organisierten Arbeiterschaft haben die Vorschläge unserer Gegner keine Resonanz gefunden; aber die Wirkung auf die unorganisierten Bevölkerungsschichten kann geeignet sein, den Vertrauensverlust der Volksfürsorge zu vermindern.

Am Gesellschaftsvertrag der Volksfürsorge wurden durch Beschluß der Generalversammlung verschiedene Änderungen vorgenommen, die sich auf Grund der Änderung des Gesetzes über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen und Baupflichtung notwendig machten. Um Charakter des Unternehmens ändern selbstverständlich diese Änderungen nichts. — Von der Generalversammlung wurde auch der gesamte Aufsichtsrat neu gewählt. Der Aufsichtsratsvertreter gehören ihm an: Theodor Seipert, Dr. Ernst Bachem, Ernst Schütze, Karl Ziemann und Otto Weis. Als Vertreter der im Zentralverband deutscher Bauvereine zusammengeschlossenen Konsumgenossenschaften: Gustav Borgner, Otto Borgner, W. Fischer, Volkmar Kleppig und Ernst Martus.

Der Verlauf und die Beschlüsse der Generalversammlung beweisen wieder die Leistungsfähigkeit der Volksfürsorge und den von ihr beachteten Grundplatz, vornehmlich die Interessen der Versicherer zu vertreten.

## Vermischtes Die Aufräumarbeiten nach der Zugkatastrophe bei Unna.



Einer der die Böschung hinabgeführten Wagen wird durch einen Spezial-Lift wieder in das Geleise gehoben.

Außerordentlich große Schwierigkeiten haben die Aufräumarbeiten des Zugunglücks bei Unna (Westfalen) bereitet, bei dem infolge von Bodenunterschieden sämtliche Waggons eines Zuges die Böschung hinabstürzten und in das Moorwasser fielen. Mit Spezial-Kränen mußten die stürzen Waggons aus dem Wasser gezogen und den hohen Damm hinaufgehoben werden.

## Er hilft dem Mittelstand.

Ein hervorragenes Mitglied von Hitlers SA in Weiden in der Oberpfalz war der Händler Hans Riesling. Er entfaltete auf dem flachen Lande eine rührende Propagandatätigkeit. Nebenbei betrieb er einen Haullerhandel, Haullerhandel und Holzpropaganda stand in einem Haus — Sell Hüter für diesen Haullerhandel brauchte der moderne SA-Mann Ware und die beschafte er sich, indem er bei seinem Propagandazuge für Hüler auf Land in kleinen ländlichen Adenbesitzungen Einbruchsdiebstahle verübte. Das ist die richtige Hilfe für den Mittelstand.

Der moderne Hüterbetrieb wurde schließlich gestiftet. Es stellte sich dabei heraus, daß er wegen der Verbrecher des einfachen und 11 Verbrechern des schweren Diebstahls erheblich vorbestraft war. Er wurde nimmere wegen 11 Verbrechern des schweren Diebstahls im Rückfall zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt. Das sind die Leute, von denen der Mittelstand seine Rettung erwartet!

Kommt Ignaz Pöschel zum Mittelstand? Im Mühlprozess Caro-Pöschel kam es zu endlosen Redebällen der Verteidiger über die Frage, ob Ignaz Pöschel in der Lage sei, ein Gerichtsgelehrter zu erscheinen oder nicht. Der Verteidiger Pöschel erklärte, daß nach einem Gutachten sämtlicher Ärzte, die Pöschel untersucht hätten, Pöschel reifenfähig sei. Professor Alsbeg, der Verteidiger Caros, betonte, daß es nicht nur auf die Terminfähigkeit Pöschels ankäme, sondern auch darauf, ob der Gesundheitszustand von Ignaz Pöschel damals, als er als Zeuge vernommen wurde, so gewesen wäre, daß man den Schluß ziehen konnte, sein Gedächtnis hätte nicht mehr normal funktioniert. Das Gericht hielt sich die Entscheidung vor und nahm vorläufig noch nicht Stellung. Danach wurde ausführlich die omnifide Mitteilung erörtert. Geheimrat Caro erklärte, daß er seinen Anwalt feinerzeit die nötigen Mitteilungen gemacht habe und sich heute nicht mehr einmischen könne.

Banküberfall. Am Mittwoch vormittag wurde in Hamburg die Filiale der Dresdner Bank in der Grünallee von Räubern überfallen. Drei maskierte Männer drangen mit vorgehaltener Waffe ein. Die in dem Bankraum anwesenden beiden Angestellten wurden mit gezückter Waffe gezwungen, das vorhandene Bargeld herauszugeben. Die Räuber entkamen unerkannt mit einer Beute von etwa 10 000 Mk.

Milde Strafen im Polizeipädagogischen-Prozess. Im Prozess gegen die Polizeipädagogen von Badhof, dem „Erziehungsinstitut“ der Inneren Mission, wurde am Spätabend des Dienstag ein gänzlich unerwartliches Urteil gefällt. Die Angeklagten Stein und Knoblauch wurden freigesprochen. Der Angeklagte Jaap erlitt wegen gefährlicher Körperverletzung 100 Mk, der Angeklagte Rüdeman wegen gefährlicher Körperverletzung in 2 Fällen 70 Mk und der Angeklagte Wendt wegen gefährlicher Körperverletzung in einem Falle 60 Mk Geldstrafe. Der Angeklagte Föhler wurde wegen Eigenschüßerbedrohens in 2 Fällen und wegen Tätlichkeitsvergehens in einem Falle zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr Gefängnis verurteilt. Das Urteil des Landgerichtes Braunschweig muß als ein geradezu erbiterriches Fehlurteil bezeichnet werden. Wenn Angeklagte, die in berat ermpörender Weise mehrere Jugendliche aus schwerer mißhandelt haben, deren mühe bestraf werden, so erscheint damit die anständige Erziehung, die sich ja doch zum Glück in übermächtigender Mehrzahl befindet, geradezu desavouiert.

Ver Sicherungsbetrugs-G. m. b. H. Bei der Untersuchung eines Einbruchs bei dem Sägemerksbesitzer Adelhaus in Hrb in Pötel in bei Arnau (Wöhmen) kam die Polizei riesigen Ver Sicherungsbetrugs in einem Fall zu einer Befragung des Geschäftsinhabers in Arnau geверсmäßig verurteilt wurde. Es konnte festgestellt werden, daß der bei Hrb verübte Einbruch auf Befehl erfolgt war, um die Versicherungsgesellschaft zu betrügen. Ein Mitglied der Bande, ein gewisser Kind, war Experte für Ver Sicherungsbetrug zum Zweck des Versicherungsbetrugs. Wegen ein entsprechendes Honorar machte Kind seine Mitteilungen ganz nach Wunsch zu Kruppeln. Seine Spezialität war das Abschlagen von Fingerringen, ein Kruppel, für die die Versicherungsgesellschaften nachher schwer zahlen mußten. Hrb, das Haupt der Bande, war ein erfahrener Kopf. Er gründete eine Gesellschaft von Brandgeheimen, die auf Befehl den interessierten Anwohnern die Anwesen in Brand steckte. Bisher wurden acht Mitglieder dieser gangend organisierten Versicherungsbetrugsfirma in Haft genommen.



**Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“**

Halberrfahrt. Zum Kreisfest nach Thale fahren unsere Radfahrer. Thalestrasse treffen sie am Sonntag, dem 19. Juni, 7 Uhr, an der Dorfstraße. Dieselben Kameraden, welche mit der Bahn nach Thale fahren wollen, treffen sich um 8 Uhr am Hauptbahnhof, Abfahrt 8.11 Uhr (Sonntagsfahrkarte 1.60 Mk.).

Halberrfahrt. Die Kassierer werden erlucht, ihre Besirte nochmals durchzufahren und dann schnellstens abzurufen. — Schwarzrot-goldenes Band und einige Bundesadler werden unentgeltlich abgegeben beim Kassierer.

Salberrfahrt. Es geht fort. Heute abend nach dem Exort an dem Rner antropentendliche Entlohnung bei Otto Vollmann. — Buchführung. Unsere Mittelerrversammlung findet am Freitag, dem 17. Juni, um 20 Uhr, im Gewerkschaftslocale statt. Es führt der zweite Vorliegende unseres Bundes, Kamerad Kerl. Es wird erwartet, daß alle Kameraden zur Stelle sind.

Merrinerode. In der heiligen Bismarcklamina spricht Gauder Ram. Wille-Mandebura. Erleben aller Kameraden ist Pflicht.

## Fordecn Sie Probenummer des VOLKSFUNK kostenlos



Mur Steine statt Brot.

Die gestrige Sitzung des preussischen Landtags. - Kommunisten und Nazis Arm in Arm.

Ueber dem Lande und in den Hütten der Millionen hungernder Arbeiteloser, darben der Kriegerwitwen und Kinder liegt der Schrecken der neuen Hungernot...

Severing ist ihnen, trotz allem Geschrei in den kommunistischen Versammlungen, immer noch lieber als Herr Kube oder Herr Straßer.

Zahlen aus den Anfängen des Bürgerkriegs erhalten aber erst richtiges Gesicht, wenn die Zahl der Opfer dieser Verbrechen hinzutritt...

Gefahren der Amnestie.

Rede Ruttner gegen die Legalisierung des Terrors und des Mordens.

Herr Ruttner (Soz.): Ich bin nicht der Ansicht, daß es sich bei diesem Gesetz um eine Rechtsfrage handelt. Zunächst liegt hier lediglich ein politischer Zweckmäßigkeitssache...

Ich halte zwar keine praktische Bedeutung gehabt, aber Rückschlüsse auf die Haltung der Majorität im Reichstag. Was bleibt mithin von den außenpolitischen Beziehungen und Beziehungen der Hitler-Papen-Armee?

Familie Roth hat jetzt das Wort...





# Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

**Wegspreis** monatlich 1.80 Mark einschließlich Frangobrief, bei Selbstabholung 1.60 Mark. Erhöht monatlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion und Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, René Böser, G. m. b. H., Verantwortlich für Inhalt und Briefkasten I. H. H. Kirchnermann, für den totalen Teil Wilhelm Rindermann, für Postamt und Quartier Karl Treff, sämtlich in Halberstadt.

**Anzeigenpreis** die achtspaltige Kolonelle oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Restanzeige 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Satz. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Besondere nicht übernommen werden. Anzeigen-Aufnahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2314). Postfachkonto Magdeburg 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 139

Donnerstag, den 16. Juni 1932

7. Jahrgang

## Beginn in Lausanne.

### Heute Eröffnung der Konferenz. — Verlängerung des Moratoriums für Deutschland.

Die Konferenz von Lausanne, die am heutigen Donnerstag eröffnet wird, hätte eigentlich schon im Januar als unmittelbare Folge des vom Weltfrieden veröffentlichten Gutachtens der Pariser Sachverständigen stattfinden sollen. Die Verfasser dieses Sachverständigenberichts, in dem die trostlose finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands maßgebend festgestellt wurde, hatten die Reparationen dringend angefordert, keine Zeit zu verlieren und unerschütterlich zusammenzutreten, um eine Neuverteilung des Reparationsproblems zu beschließen. Doch zeigte sich die damalige französische Regierungsverwaltung unter Lardieu noch sehr unzugänglich, vor allem wollte sie auf keinen Fall auf den geschätzten Teil der im Hauptplan vorgesehenen Zahlungen einwilligend verzichten, auch dann nicht, wenn die Vereinigten Staaten einen entsprechenden Schuldennachlaß gewährt hätten. Da aber zur selben Zeit die Washingtoner Regierung jeden Schuldennachlaß kategorisch ablehnte, und da andererseits der Reichstanzler Brüning sich auf die Forderung einer unerschütterlichen endgültigen Lösung festgesetzt hatte, wurde ein Zusammentritt der Lausanner Konferenz gänzlich unmöglich gemacht. Man wäre nur einen kleinen Winkeln abgekommen und einer Verdärkung der Spannung in den Beziehungen zwischen den europäischen Mächten.

Der Entschluß, die Lausanner Konferenz bis zum Juni, also bis nach den französischen Wahlen zu vertagen, hat sich als weise erwiesen. Wenn die Auslöser der Konferenz am Vorabend ihres Zusammentritts und vor allem auf Grund der Pariser Verhandlungen zwischen den Ministerpräsidenten Englands und Frankreichs allgemein günstiger beurteilt werden als noch vor wenigen Wochen, so ist dies in erster Linie ein Folge des Kurzwendels in Frankreich. Die grundsätzliche englisch-französische Einigung, die im Januar unter Lardieu geschlossen war, ist unter Herriot erzielt worden, nicht zuletzt deshalb, weil das französische Kabinett in dieser Frage der Außenpolitik fast unter dem Einfluß der Sozialistischen Partei steht. Der wesentliche Fortschritt besteht darin, daß Frankreich nunmehr grundsätzlich bereit ist, einer völligen Aufhebung des Hauptplanes, einschließlich der bisher für heilig gehaltenen ungeschuldeten Zahlungen Deutschlands, zuzustimmen, wenn Amerika auf seine Forderungen an Frankreich verzichtet. Es ist auch bereit, eine gemeinsame Anstrengung mit England zu machen, um Amerika zu einem solchen Verzicht nach den Präsidentenwahlen in Herbst zu bewegen. Da jedoch die Vereinigten Staaten bisher immer zum Ausbruch gebracht haben, daß jedes Entgegenkommen ihrerseits einmal eine grundsätzliche Einigung zwischen den europäischen Staaten und ferner einen wesentlichen Fortschritt in der Abrüstungsfrage voraussetzt, bemühen sich die englischen und französischen Staatsmänner, die ins Staden getragene Idee Abrüstungskonferenz wieder in Schwung zu bringen. Deshalb wird das Abrüstungsproblem, obwohl es nicht offiziell der Tagesordnung von Lausanne ist, in den dortigen Verhandlungen eine hervorragende Rolle spielen.

Während der Umwälzung in Frankreich die Lage verwickelt hat, kann man das gleiche von dem Kurzwendel in Deutschland nicht gerade behaupten. Die übrigen Mächte stehen dem jetzt regierenden deutschen Nationalismus mit unvorhergesehenen Widerständen gegenüber. Die Verhandlungspartner wissen, daß das Kabinett Papen-Scheißer nur eine Übergangs-Regierung darstellt. Entweder wird nach den Wahlen Hitler offiziell regieren oder das deutsche Volk wird dafür sorgen, daß das Kabinett der Nazi-Barone wieder verschwindet. Man sich der neue Reichstanzler noch so sehr darauf berufen, daß in den außerpolitischen Fragen die deutsche öffentliche Meinung im wesentlichen die gleichen Ziele verfolgt, was übrigens nur sehr bedingt richtig ist, es fehlt ihm jede Autorität, um das deutsche Volk auf einer so wichtigen Konferenz zu vertreten. Das wissen unsere Verhandlungspartner, und es ist daher zu befürchten, daß sie diese innere Schwäche der deutschen Delegation auszunutzen versuchen werden. Es ist jedenfalls auffallend, daß die neuen Männer, die nach innen so selbstbewußt und brutal auftreten, am Vorabend von Lausanne außenpolitisch so überaus vorsichtig geworden sind. Auch die hinter ihnen stehende Rechtsprelle ist auf Wohlgefallen und vermeidet jede Forderung, die sie, wäre Erfüllung noch am Ruder, als Mißerfolgsergebnis der Konferenz kennzeichnet haben würde. Es zeigt sich wieder einmal, daß die realpolitische eine Regierung gegen das eigene Volk auftritt, desto konsequenter gegenüber dem Ausland. Das beweist aber zugleich die abgrundtiefe Unwahrscheinlichkeit der ganzen nationalsozialistischen Agitation in den vergangenen Jahren.

Außenpolitisch sind die neuen Männer die Gefangenen Hitler, dessen Befehle sie gehorchen ausführen. Außenpolitisch sind sie viel vorsichtiger als irgendeine Regierung unter dem früheren „Schlimm“. Herr Gregor Strasser mag im Rundfunk deklarieren, daß die Nationalsozialisten den Widerruf der Kriegsschuldfrage, die deutsche Wehrfreiheit, die Abschaffung des Hauptplanes und des Pariser Vertrages fordern. — Das alles ist nur für die kleine Galerie. Die

von ihnen in den Sattel gehobene Regierung der Barone denkt nicht daran, auf der Lausanner Konferenz alle diese schönen Forderungen auch nur andeutungsweise zu erheben. Man bereitet sich vor, sich mit einem neuen Provisorium zu begnügen, das, freigegeben in der bei Zahlung vorliegende letzte Satz, für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Besondere nicht übernommen werden. Anzeigen-Aufnahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2314). Postfachkonto Magdeburg 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 30.

### Auf dem Wege nach Lausanne.



Macdonald und Herriot auf der Fahrt nach Lausanne.

Ein Bild in den Speisemagen des Sonderzuges der Ministerpräsidenten, die die Reise von Paris zu der Lausanner Konferenz gemeinsam antreten. An der hinteren Lehne der englischen Premierminister Ramsay Macdonald. Am Vorderrand der französischen Ministerpräsident Herriot.

### Heute die Eröffnungssitzung.

Lausanne, 15. Juni. (Sig. Draht.) Den Auftakt zur Lausanner Reparations-Konferenz bildete eine Besprechung der Vertreter der sechs einladenden Mächte Deutschland, England, Frankreich, Italien, Belgien und Japan über die Prozedur der feierlichen Eröffnungssitzung am Donnerstag vormittag. Das lateinische Kommuniqué, das unmittelbar darnach der Presse vorlesen wurde, teilt nur mit, daß Wotia-Schweiz die Begrüßungsrede und der Präsident der Konferenz eine Einleitungsrede halten werden. Wie man darüber hinaus erfährt, hat Macdonald auf Vorschlag Herriots angenommen, sich am Donnerstag zum Präsidenten der Konferenz wählen zu lassen. Er wird in seiner Ansprache die Probleme umreißen, die endgültig das Programm der Beratungen bilden werden. Neben den sechs einladenden Mächten sind auf der Konferenz noch 12 Länder vertreten: Polen, Portugal, Rumänien, Jugoslawien, Ungarn, Australien, Kanada, Bulgarien, Tschechoslowakei, Griechenland, Südafrika u. Neuseeland. Da Österreich nicht eingeladen ist, wird dahin geurteilt, daß die Donaufregung nicht zum Beratungsstoff gehören werde. Tatsächlich zeigt die vorliegende Liste auch nur Staaten, die noch mit der eigentlichen Reparationsfrage allein zu tun haben.

### Macdonald Präsident der Konferenz.

Lausanne, 16. Juni. Die auf der Lausanner Konferenz vertretenen Mächte haben sich auf Macdonald als einzigen Präsidenten der Konferenz geeinigt. In der heutigen feierlichen Eröffnungssitzung der Reparationskonferenz wird nur Macdonald das Wort nehmen.

### Verlängerung des Moratoriums geplant.

Paris, 16. Juni. (E.F.) Die Pariser Zeitungen melden übereinstimmend aus Lausanne, daß Macdonald und Herriot sich darüber geeinigt hätten, der Konferenz die Verlängerung des gegenwärtigen Moratoriums um sechs Monate vorzuschlagen. Während dieser Zeit sollen zwei Kommissionen arbeiten, von denen die eine die Liquidierung der finanziellen Fragen prüfen und die andere eine große europäische Wirtschaftskonferenz vorbereiten soll.

## Aufhebung des SA-Verbots.

### Das Geschenk des Kabinetts der Barone an die Nazis.

Berlin, 16. Juni. (E.F.) Der Reichspräsident hat am Mittwoch die sogenannte politische Notverordnung untergezeichnet.



notwendigen Anordnung von Verordnungen für einzelne Reichsgebiete Versammlungen verboten oder von bestimmten Bedingungen abhängig gemacht werden. Bei Polizeibeständen und bei Waffennutzung treten besonders schwere Strafen in Geltung.

Flugsblätter und Plakate sind, solange sich nicht Unzulänglichkeiten herausstellen, die ein Eingreifen erforderlich machen, vorläufig vom Zensurvorverfahren befreit. Eine Forderung, die von der Nazis gestellt worden war und von der Regierung der Nazi-Barone ebenso prompt erfüllt wurde wie die Forderung nach Aufhebung des SA-Verbots. Dagegen können Zeitungen und Zeitschriften künftig nicht nur bei Gefährdung der Ruhe und Ordnung, sondern auch bei Gefährdung lebenswichtiger Staatsinteressen verboten werden. Diese Kaufschuldbestimmung öffnet der Willfür Tür und Tor. Unter lebenswichtigen Staatsinteressen kann man schließlich alles verstehen. Die Folge dieser Bestimmung wird sein, daß zunächst ein großer Teil der kommunistischen Presse verboten wird, während die Nazipresse ihre Gemeinheiten in vergrößerter Form auf das Volk loslassen darf und wird.

Mititärähnlichen Verbot geschlo, sondern auftreten." Solche auf Verlangen demungen des Innenministeriums durch die Beren, sobald sich Unzulänglichkeiten herausstellen, die ein Eingreifen erforderlich machen, vorläufig vom Zensurvorverfahren befreit. Eine Forderung, die von der Regierung der Nazi-Barone ebenso prompt erfüllt wurde wie die Forderung nach Aufhebung des SA-Verbots. Dagegen können Zeitungen und Zeitschriften künftig nicht nur bei Gefährdung der Ruhe und Ordnung, sondern auch bei Gefährdung lebenswichtiger Staatsinteressen verboten werden. Diese Kaufschuldbestimmung öffnet der Willfür Tür und Tor. Unter lebenswichtigen Staatsinteressen kann man schließlich alles verstehen. Die Folge dieser Bestimmung wird sein, daß zunächst ein großer Teil der kommunistischen Presse verboten wird, während die Nazipresse ihre Gemeinheiten in vergrößerter Form auf das Volk loslassen darf und wird.

Die Notverordnung soll am Freitag, den 17. Juni in Kraft treten. Von diesem Zeitpunkt ab wird also die Bürgerkriegsarmee des Herrn Hitler, die SA und die SS, ihre neuen Uniformen parieren dürfen. Zwischen diesen neuen Uniformen und der Hungererordnung gegen das Volk besteht ein enger Zusammenhang. Die Aufhebung des SA-Verbots ist der Preis, der den Nationalsozialisten für die Colierung des Kabinetts der Barone gezahlt wird. Der Anblick jedes uniformierten Hitlermannes wird in jedem, der von der Notverordnung betroffen ist, die Erinnerung daran wecken, daß diese Leute verantwortlich sind für die Hungernotverordnung! Wenn die Bürgerkriegsarmee des Herrn Hitler sich in ihren neuen Notverordnungs-Säcken auf den Straßen bewegt, so wird jeder wissen: Wenn die SA marschiert, muß das Volk begehnen!